

Beschluss des Hauptvorstand am 10. März 2007

Die GEW lehnt die Einführung eines „Zwei-Säulen-Modells“ ab.

Es ist eine falsche Weichenstellung, denn es ist nicht darauf angelegt, die soziale Auslese im Bildungswesen in Deutschland zu überwinden.

Das Modell löst die Probleme des traditionell gegliederten Schulsystems nicht und eröffnet keine Perspektive für einen Übergang zu einer „Schule für Alle“.

Begründung:

In Hamburg und Hessen wird die Einführung neuer Schulmodelle diskutiert:

- Am 25.2.07 werden Hamburger Bürger in einer Presseerklärung der Bürgerschaft darüber informiert, dass die Enquetekommission „Konsequenzen der neuen PISA-Studie für Hamburgs Schulentwicklung“ sich mehrheitlich auf die Einführung eines neuen Schulsystems geeinigt habe: Ab Klasse 5 solle es nur noch zwei allgemein bildende Schulformen geben – Stadtteilschulen und Gymnasien.
- In Hessen berichtet die FR am 2.3.07 aus einem nicht veröffentlichten Papier des Kultusministeriums „Elemente einer neuen Schule“ von einer geplanten Abschaffung der Hauptschule. Ab 2015 sei die flächendeckende Auflösung des traditionellen Schulsystems vorgesehen. Das Dementi von Frau Wolff räumt Suchbewegungen ein.

Die GEW sieht bei einigen Verbesserungen im Detail eine Rückwärtsentwicklung beim angeblich großen Wurf eines Zwei-Säulen-Modells nach dem Vorschlag der Enquetekommission in Hamburg. Dem Gymnasium als der ersten Säule stehen alle anderen Regelschulen der Sekundarstufe I als mit „Stadtteilschule“ bezeichneter zweiter Säule gegenüber. In die „Stadtteilschulen“ gehen auch die Gesamtschulen ein, an die sich mehr als ein Drittel aller Kinder des Jahrgangs 5 beworben haben.

Die GEW lehnt die Einführung dieses Modells ab:

1. Das Zwei-Säulen-Modell löst das Problem der Hauptschule nicht, sondern gibt ihm einen anderen Namen:

- Abwertungs- und Ausgrenzungsprozesse sind konsequente Folgen eines Schulsystems, das selektiert. Diese Selektion kann unterschiedliche Formen annehmen, die Auswirkungen auf die Kinder und Jugendlichen sind aber vergleichbar. Die bisher bekannteste Form ist die Kanalisierung durch Grundschulempfehlungen in unterschiedliche Glieder eines hierarchischen Schulsystems. Diese Form der Selektion wurde bisher ergänzt durch das Sitzenbleiben und im Extremfall durch Abschulung auf andere Glieder des Schulsystems anhand von Zensurenmargen. Sehr wohl bekannt ist aber auch das subtilere „Beraten“ von Eltern und SchülerInnen, denen in Beratungsgesprächen deutlich gemacht wird, dass sie nicht dazu gehören und die dann ihrerseits den Antrag stellen, eine Klasse wiederholen oder eine Schule wechseln zu dürfen. Wenn die Hauptschule nicht mehr zur Verfügung steht, kann z.B. auch die Förderschule die Funktion übernehmen, ausgegrenzte und abgewertete SchülerInnen zu sammeln. Man kann die Hauptschübe der Ausgrenzung in einem gegliederten System in höhere oder untere Jahrgangsstufen verlagern. Man kann die Gruppe durch institutionelle Rahmenbedingungen vergrößern und verkleinern. Man kann sogar Aussonderungen innerhalb eines Schulsystems organisieren. Entscheidend ist die Frage, ob selektiert wird.
- Ein zweigliedriges Schulwesen hebt die Selektion nicht auf, es selektiert weiter, zumal, wenn ein Glied dieses Schulwesens das Gymnasium ist. Auch hier ist es gleichgültig, ob anti-quierte und längst widerlegte Begabungstheorien zur Legitimation dienen (praktisch begabtes und wissenschaftsorientiertes SchülerInnenklientel), ob im didaktischen Diskurs widerlegte

Lerntheorien herangezogen werden (Orientierung am mittleren Anforderungsniveau als besonders effektive Lernsituation), oder ob gleich offen mit der Interessenlage von Bevölkerungsgruppen argumentiert wird (das Gymnasium existiert und wird weiter existieren), im oberen Teil eines gegliederten hierarchischen Schulwesens bildet sich eine Identität heraus, die Selektion direkt oder indirekt stützt. Diese Systemeffekte lassen sich nicht beseitigen durch attraktive Neubenennungen des unteren Gliedes (z.B. Stadtteilschule oder Gemeinschaftsschule), durch ethische Forderungen (Schulen übernehmen Verantwortung für ihre SchülerInnen) und durch nachgeordnete Verwaltungsmaßnahmen (hohe Hürden für das Sitzenbleiben) beseitigen.

2. Das Zwei-Säulen-Modell verschiebt einen Teil der Selektionsproblematik in die Grundschule:

- Da die Säulen weitgehend gegeneinander abgeschottet sind, bekommt die Grundschulempfehlung eine noch größere Bedeutung als zuvor. Die Weichenstellung am Ende der Klasse 4 wird deshalb auch gründlicher und früher vorbereitet. Der Selektionsdruck wird von oben nach unten weitergereicht auf GrundschülerInnen, deren Eltern sowie Lehrerinnen und Lehrer. Dass Eltern dann doch erst einmal entscheiden dürfen, welche Säule ihr Kind besuchen soll, ist dazu kein Widerspruch. Die Einstimmung auf die Frage des geeigneten Platzes im Schulsystem bereitet die letztendliche Entscheidung des Gymnasiums Ende des 6. Jahrgangs vor. Gegen diese Entscheidung ist der Elternwille weitgehend machtlos. Der Schaden für das Kind durch den zwangsweisen Wechsel zur anderen Säule ist dabei nicht weniger erheblich als bisher. Eltern werden deshalb nicht leichtfertig eine Empfehlung der Schule in den Wind schlagen.
- Kompetenzorientierte Tests und darauf beruhende Beratungen schüren die Illusion, als ob die genauere Diagnose eine bessere und gerechtere Selektion möglich mache. Die Idee, dass Entwicklungspotentiale bei 10jährigen SchülerInnen so umfassend erkennbar seien, dass daraus Schlussfolgerungen für die nächsten sechs Jahre menschlicher Entwicklung einschließlich der oft aufwühlenden Phase der Pubertät gezogen werden könnten, ist eine Neuauflage von Selektionslyrik.

3. Das Zwei-Säulen-Modell schont die finanziellen Ressourcen der Kommunen, bietet aber auch in dieser Frage nicht die optimale Lösung:

- Für Kommunen ist es besser statt unterfrequenter Hauptschulen oder Hauptschulzweige teilentegrierte Angebote mit allen Abschlüssen der Sekundarstufe I anbieten zu können. Das spart Hausmeisterstellen, Gebäude, Schulleitungspositionen und evt. sogar SekretärInnenstellen. Die finanziell günstigste Lösung ist das dennoch nicht. Im Zwei-Säulen-Modell gibt es eine Doppelorganisation mit doppelten Kosten. Ein wirklich integriertes System ist einfach kostenmäßig unschlagbar. Es muss allerdings das gegliederte Schulwesen ersetzen können.

4. Das Zwei-Säulen-Modell ist kein Zwischenschritt auf dem Weg zu einem integrierten Schulwesen, sondern zementiert das gegliederte Schulwesen mit seiner sozialen Spaltung:

- Das deutsche Schulwesen blickt auf eine jahrhundertelange Tradition mit einem höheren und niederen Schulwesen zurück, deren sozial privilegierter Kern zuerst die Lateinschule, später dann das Gymnasium war. In der Weimarer Republik ist mit dem Schulkompromiss 1924 nach sehr harten gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen die Aufhebung des Bildungsprivilegs für die Kinder der Klassen eins bis vier gelungen. Erst die Bildungsreform der DDR in den 50er Jahren sowie die Bildungsreform der BRD in den 70er Jahren schaffte dann den Durchbruch für die Sekundarstufe I. Der Kern dieser Bildungsreform bestand in beiden Ländern darin, dass es möglich wurde, alle drei Bildungsgänge, den Hauptschul-Bildungsgang, den Realschul-Bildungsgang und den gymnasialen Bildungsgang in einer Schule strukturell und curricular zu vereinen. Die polytechnische Oberschule ist nach dem Zusammenbruch der DDR nicht erhalten geblieben.

Die westdeutsche Variante, die Gesamtschule, ist nicht flächendeckend durch Parlamentsbeschluss eingeführt worden, dehnt sich aber langsam mit regionalen Rückschlägen aus. Auch mehrere östliche Bundesländer haben sie inzwischen eingeführt.

Der erneute Versuch der Abtrennung des gymnasialen Bildungsgangs ist ein fundamentaler Rückschritt, der den sozialen Kern der Bildungsreform trifft.

- In der Bundesrepublik Deutschland ist eine fortschrittliche Bildungsreform von oben, die das Problem der sozialen Spaltung im Bildungswesen aufgreift, nicht in Sicht. Integrierte Systeme mit allen drei Bildungsgängen wurden in den letzten Jahren von Eltern, von engagierten PädagogInnen und KommunalpolitikerInnen, die in ihrer Kommune alle drei Bildungsgänge anbieten wollen, geschaffen und verteidigt. Der kritische Punkt für das Funktionieren und das Selbstverständnis dieser integrierten Systeme ist der Schulbesuch von Kindern aus bildungsbürgerlichen Milieus. Sie bringen stabilisierende soziale Erfahrungen und notwendiges intellektuelles Anregungspotential in die Lerngruppe ein. Gute integrierte Gesamtschulen haben deshalb Konzepte integrativen Lernens entwickelt, die in komplexen Lernaufgaben auch immer das gymnasiale Niveau anbieten und so für alle SchülerInnen optimale Lernbedingungen schaffen. Die Gelingensbedingung für derartige didaktische Konzepte, die hinreichend sozial heterogene Lerngruppe, droht zu kippen, wenn in einer nichtgymnasialen Säule eines Zweisäulen-Modells der prozentuale Anteil von Kindern aus bildungsbürgerlichen Milieus sinkt. Da Eltern aus diesen Milieus sich bei der Schulwahl nicht an einer Idee orientieren, sondern in der Regel genauestens in der Praxis prüfen, ob die Bildungsangebote für ihr Kind stimmen, ist eine sich beschleunigende soziale Desintegration der nichtgymnasialen Säule zu befürchten. Dort, wo sie bereits existiert, löst sich die Integration also von innen auf. Der Hinweis auf die formale Gleichberechtigung der Abschlüsse in diesen Säulen nutzt da wenig. Eine Bildungsreform mit dem Ziel der Integration kann deshalb nicht auf die prinzipielle Einbeziehung des gymnasialen Bildungsganges verzichten. Ein Zwei-Säulen-Modell ist deshalb der Weg in die falsche Richtung.

Statt eines neuen (alten) zweigliedrigen Schulsystems in der Sekundarstufe I benötigen wir:

- **die Chance der Ausweitung und Neugründung von Schulen, die von sich sagen: Wir werden nicht selektieren. Das entspricht unserer Schulphilosophie. Wir bieten alle drei Bildungsgänge, den Hauptschulbildungsgang, den Realschulbildungsgang und den gymnasialen Bildungsgang in curricularer Verzahnung an. Wir entwickeln von Anfang an dazu die entsprechenden didaktischen sowie pädagogischen Konzepte des gemeinsamen Lernens in heterogenen Lerngruppen. Wir weisen nach, dass wir damit alle Kinder und Jugendlichen optimal fördern können. Wir stellen uns damit der Rechenschaftslegung und öffentlichen Diskussion. Wir werben deshalb auch Kinder aus allen Schichten. Alle sind uns willkommen, die die Versetzung in die Klasse 5 geschafft haben. Wir integrieren darüber hinaus auch SchülerInnen mit Behinderungen. Auch dazu haben wir Konzepte, Ressourcen und ausgebildetes Personal. Unser Ziel ist die inklusive Schule.**
- **Die Unterstützung der Schulen, die ebenfalls alle drei Bildungsgänge integriert anbieten, die aber in sozialen Brennpunkten errichtet worden sind und deshalb einen Einzugsbereich haben, der von fehlender sozialer Heterogenität in der Bevölkerung geprägt ist. Diese Schulen können nicht leisten, was die Stadtbebauungspläne ihnen versagen: die ausreichend sozial heterogenen Lerngruppen. Den Schülerinnen und Schülern ist wiederum nicht zuzumuten, dass sie längere Fahrwege in Kauf nehmen als andere Kinder und Jugendliche und für ihren Schulbesuch aus dem Stadtteil herausfahren. Diese Schulen brauchen besondere Unterstützung finanzieller Art, kleinere Lerngruppen, zusätzliches und besonders qualifiziertes Personal. Sie benötigen auch besondere gesellschaftliche Anerkennung für ihre Arbeit vor Ort. Mittelfristig sind diese Schulen allerdings Indikatoren für eine gesellschaftliche Schieflage, die der Korrektur bedarf.**

- **Den offensiven Umgang mit dem Namen „Gesamtschule“.** Der Name hat Signalwirkung. Er ist ein Label mit hohem Informationswert für Eltern und SchülerInnen. Die diesjährigen Anmeldezahlen beweisen das gerade wieder. Zu diesen Informationen gehören nicht nur die unter dem ersten Spiegelstrich beschriebenen pädagogischen und didaktischen Angebote, Organisationsmerkmale und Schullaufbahnoptionen, dazu gehört auch eine bildungspolitische Grundhaltung: Integrierte Gesamtschulen sind integrierte Schulangebote in einer von Konkurrenz und Segregation geprägten Schullandschaft. Sie sind natürlich von diesem Zustand entsprechend mitgenommen, aber sie können die Auseinandersetzung fast durchweg zu ihren Gunsten entschieden, wenn sie nicht brutal politisch platt gemacht werden oder der demografische Rückgang jegliches Schulangebot einer bestimmten Zügigkeit überflüssig macht. Trotz ungünstiger Rahmenbedingungen entwickeln integrierte Gesamtschulen sich meistens weiter, überwinden konzeptionelle Schwächen, entwickeln neue Methoden und erweisen sich als ausgesprochen zäh und widerstandsfähig. Gesamtschulgründungen ziehen in der Regel Bedarf nach neuen Gesamtschulen nach sich.
- **Eine Möglichkeit für jedes Kind eine integrierte Gesamtschule besuchen zu können.** Die jährlichen Abweisungen von Gesamtschulanmeldungen sind ein Skandal. In einigen Bundesländern gibt es darüber hinaus Gründungsverbote. In einigen Bundesländern haben Gesamtschulen keinen Regelstatus. Sachsen hat bis heute keine Gesamtschule. Kommunen müssen Gesamtschulen auch als ersetzende Schulen anbieten können. Ihr Budget ist beschränkt und es ist nicht einzusehen, dass eine schulische Parallelorganisation aufrechterhalten wird, wenn der Bedarf anderes fordert.
- **Unterstützung von Haupt- und Realschulen in prekären Situationen.** Kurz- und mittelfristige Zwischenlösungen könnten in der zusätzlichen Zuweisung von Ressourcen bestehen. Die langfristige Lösung ist allerdings die Auflösung des gegliederten Schulwesens zugunsten langfristige Lösung ist die Auflösung des gegliederten Schulwesens zugunsten eines integrierten Schulwesens.